

Besetzungsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag

9. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsz. 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Sozialistische Außenpolitik.

### Beschlüsse der sozialistischen Arbeiterinternationale.

Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hielt am 4. Juli in London unter dem Vorsitz Henderfons eine Sitzung ab. Anwesend waren: Henderfons (England), Renaudel (Frankreich), Wels (Deutschland), de Brouckere (Belgien), Bauer (Österreich), Dan (Rußland, SDAP), Adler (Sekretär), ferner mit beratender Stimme Soukup (Tschechoslowakei, Tschechische SP.), Czoch (Tschechoslowakei, Deutsche SP.), Allen, Mrs. Bell, C. R. Burton, Shaw (England). Das Bureau beschäftigte sich zunächst mit der Frage des Genfer Protokolls und des Sicherheitspakt, und faßte nach ausführlicher Debatte nachstehenden Beschluß (den wir bereits in seinen wesentlichen Teilen wiedergaben):

#### Sicherheitspakt und Genfer Protokoll.

Die SWA bekräftigt von neuem ihren entschlossenen Willen, von allen Regierungen Europas und der ganzen Welt eine Politik des Friedens zu erlangen, die sich auf die immer weiter auszugestaltende und zu demokratisierende Organisation des Völkerbundes stützt.

Die SWA gibt neuerlich ihrer Auffassung Ausdruck, daß der Völkerbund alle Völker mit gleichen Rechten umfassen soll und daß es für das Wohl Europas insbesondere wünschenswert ist, daß Deutschland und Rußland ihm angehören.

Die SWA stellt fest, daß alle angeschlossenen Parteien darin einig sind, die Annahme des Genfer Protokolls in allen Parlamenten und seine Durchführung durch alle Regierungen zu fordern.

Sie betrachtet das Genfer Protokoll als Ausführung und Verwirklichung des Völkerbundespakt und der Grundzüge der allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit, die allein den Völkern die Sicherheit geben und der Welt die Abrüstung bringen können.

In bezug auf die in Diskussion stehenden Vorschläge eines Sicherheitspakt fordert die SWA, bei Aufrechterhaltung ihres Standpunktes, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollen, um die endgültige Durchführung des Genfer Protokolls zu erlangen, einzuweisen, solange dieses Ergebnis nicht erzielt werden kann, die angeschlossenen Parteien auf, darüber zu wachen, daß kein Teilvertrag im Widerspruch zu den oben niedergelegten Grundzügen abgeschlossen werde.

Jene angeschlossenen Parteien, zwischen denen ein Einvernehmen darüber zustande kommt, einen solchen Vertrag ins Werk zu setzen, werden darüber wachen, daß er im Rahmen und unter Kontrolle des Völkerbundes geschlossen wird, daß er nicht gegen Schiedsgerichts- und internationale Abrüstungsmaßnahmen ausgespielt und daß er nicht dazu mißbraucht werden könne, ein falsches Machtgleichgewicht, das gegen eine oder mehrere andere Mächte gerichtet wäre, herzustellen.

Mit Rücksicht auf die besonderen Gefahren der osteuropäischen Probleme werden die angeschlossenen Parteien insbesondere darüber wachen, daß die zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Tschechoslowakei andererseits abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge nicht unter eine einseitige, sondern unter eine wirklich internationale Garantie gestellt werden.

Die angeschlossenen Parteien werden jedenfalls die Beratung dieser Vorschläge zum Ausdruck nehmen, um in den Parlamenten die Haltung zu vertreten, die sie gegenüber dem Genfer Protokoll einnehmen, und dem Internationalen Kongress in Paris über ihre Stellungnahme zur Frage des Sicherheitspakt und des Genfer Protokolls Bericht erstatten.

#### Der marokkanische Krieg.

Sodann erörterte das Bureau der SWA die Situation in Marokko. Das Bureau hörte eine ausführliche Darstellung des Vertreters der französischen sozialistischen Partei Renaudel, der die verschiedenen Auffassungen vorlegte, die über diese Frage innerhalb der französischen

Partei bestehen. Das Bureau nahm zur Kenntnis, daß demnächst eine gemeinsame Konferenz der Parteien Frankreichs, Spaniens und Englands über die Marokkofrage stattfinden wird. Mit Rücksicht darauf, daß es der spanischen sozialistischen Partei nicht möglich gewesen war, einen Vertreter zu der Bureaufsitzung zu entsenden, wurde die weitere Stellungnahme bis nach dem Stattfinden dieser Parteikonferenz vertagt. Hierzu gab Otto Bauer (Österreich) folgende Erklärung ab:

Die Frage der prinzipiellen Stellung der französischen sozialistischen Partei zum Krieg in Marokko schließt im Keime, im verkleinerten Maßstab alle die Probleme in sich, die in der Zeit des Weltkriegs alle sozialistischen Parteien gespalten haben. Wir verzichten im gegenwärtigen Augenblick nur deshalb auf eine Erörterung dieser Frage, weil wir volles Vertrauen zur französischen sozialistischen Partei haben, daß sie selbst die richtige Lösung dieser Frage finden wird.

Dieser Erklärung schlossen sich Dan (Rußland, SDAP) und Czoch (Tschechoslowakei, Deutsche SP.) an.

#### Die Lage in China.

Schließlich beschäftigte sich das Bureau der SWA mit den Ereignissen in China. Hierzu lag eine Aufforderung der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale vor, gemeinsame Aktionen zu organisieren. Das Bureau faßte zunächst folgenden Beschluß:

Das Bureau der SWA hat die Aufforderung der Kommunistischen Internationale geprüft und festgestellt, daß es sich da um eines jener Einheitsfrontmanöver handelt, durch die die Kommunistische Internationale, wie sie auf ihrem letzten Kongress selbst erklärt hat, nicht die sozialistischen und kommunistischen Kräfte zu gemeinsamen Kampf zu vereinen, sondern die sozialistischen Parteien zu „entlarven“ und zu „vernichten“ anstrebt. Daher ist das Bureau der SWA über den Brief der Kommunistischen Internationale zur Tagesordnung übergegangen.

Nach eingehender Erörterung der Lage in China wurde sodann nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Internationale begrüßt das Erwachen der arbeitenden Volksmassen Chinas. Sie eignet sich die Grundzüge der Resolution an, die die britische Arbeiterpartei und der Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses am 25. Juni gefaßt hat. Im Sinne dieser Resolution fordert die SWA Schutz für die chinesischen Arbeitermassen gegen die schamlose Ausbeutung durch das ausländische sowohl als durch das chinesische Kapital und die Aufhebung der mit der Souveränität der chinesischen Nation unvereinbaren territorialen Rechte der Ausländer in China. Die SWA bekämpft jeden Mißbrauch der chinesischen Parteikämpfe durch die in China konkurrierenden Mächte und fordert das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für das chinesische Volk. Die der SWA angeschlossenen Parteien werden verpflichtet, ihren ganzen Einfluß zur Unterstützung des Freiheitskampfes des chinesischen Volkes aufzubringen.

Andererseits ist sich die SWA der großen Gefahr bewußt, daß die Ausbeutung der chinesischen Arbeiter durch das ausländische Kapital und die Unterdrückung des chinesischen Volkes durch ausländische Mächte die erwachenden chinesischen Arbeiter in die Gefolgschaft des Nationalismus in China treiben. Die SWA muß so mehr die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der kapitalistischen Mächte in China bekämpfen und die chinesischen Arbeiter zur Erkenntnis führen, daß sie ihr Heil nicht in einem nationalistischen Rassenkampf gegen alle Angehörigen der weißen Rasse in China, sondern nur in dem Bündnis der Arbeiter aller Rassen sowohl gegen den europäisch-amerikanischen Imperialismus, als auch gegen den asiatischen Nationalismus finden können.

machen. Die Minderheit aber wird sich dieses Kompromiß, wenn es zustande kommt, ansehen und dann ihre Taktik entsprechend einrichten.

## Pünktliche Ruheräumung.

### Vanderveldes Erklärung.

Paris, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Außenminister Vandervelde hat am Mittwoch einem Vertreter des „Petit Parisien“ erklärt, daß die Räumung des Ruhrgebietes noch vor dem seinerzeit in London vereinbarten Termin, dem 16. August zu Ende geführt sein werde. Dagegen ist er der Frage nach der Räumung der drei Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort ausgewichen. Er erklärte, daß es sich hier nicht um eine französisch-belgische, sondern um eine internationalisierte Angelegenheit handele und daß deshalb die Räumung dieser Städte eine Verständigung der Gesamtheit der Alliierten voraussetze. Er selbst stehe auch heute noch voll und ganz zu der Politik, die er vor Uebernahme des Ministeriums in Wort und Schrift verkündet habe; nur könne er angesichts der Verantwortung, die er als Minister trage, sich darüber jetzt nicht mehr mit der gleichen Freiheit äußern, wie noch vor 6 Wochen.

Im Lrianon-Prozess sind die Klädopers am Mittwoch abgeschlossen worden. Am Sonnabend erfolgt noch eine Replik des Staatsanwalts. Das Urteil wird erst in acht Tagen gefällt werden.

## Zum Wirtschaftsstreit mit Polen.

### Der Kampf um das Kohlenkontingent.

Genosse Heinrich Völler schreibt uns:

Seit einigen Monaten wurden zwischen Deutschland und Polen Verhandlungen geführt mit dem Ziel, einen Handelsvertrag abzuschließen. Das Ziel ist leider nicht erreicht worden. Ueber diese Verhandlungen, die nunmehr auf den Konfliktspunkt gelangt sind, sind einige Aufsätze im „Vorwärts“ erschienen. Genosse Hermann Diamond lehnte es in einem längeren Artikel ab, die Schuldfrage zu erörtern, da sie den Versuch einer friedlichen Annäherung erschwere. Eine andere polnische Seite gab dann in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 8. Juli eine Sachdarstellung, die ich, soweit die Kohlenfrage in ihr erwähnt wurde, nicht unwiderprochen lassen möchte. Es ist nicht meine Aufgabe, den Reichskohlenkommissar in Schutz zu nehmen, aber die nachbarliche Verbindung, die ich mit ihm als Vorstandsmitglied des Reichskohlenverbandes habe, gibt mir die Möglichkeit, klaren Einblick in die deutsche Kohlenlage zu nehmen. Auch die besondere Aufgabe meiner Stellung, neben Allgemeininteressen auch die Interessen meiner Berufskollegen, der Bergarbeiter, zu wahren, berechtigt mich zu einem Urteil.

Seit Monaten leidet der deutsche Bergbau unter einer schweren Absatzkrise. Diese wirkt dort am schärfsten, wo die Kohlenabbaubedingungen am ungünstigsten sind. Die Lage der sächsischen und ganz besonders der niederschlesischen Bergarbeiter ist einfach trostlos, da es an der Abnahmöglichkeit fehlt. Aber auch in Bergbaubezirken mit besseren geologischen Bedingungen sind die Bergarbeiter nicht auf Rosen gebettet. Arbeiterentlassungen und darüber hinaus Einlegung zahlloser Feiertage sind seit Monaten an der Tagesordnung. Die Vertreter der Bergarbeiter haben darum mit allem Nachdruck vom Reichskohlenkommissar gefordert, daß er die ausländische Kohleneinfuhr auf ein Mindestmaß beschränke. Eine solche Maßnahme konnte aber gegen Polen bisher nicht wirksam werden, da Deutschland nach dem Genfer Abkommen verpflichtet war, allmonatlich 500 000 Tonnen Kohle ungehindert aus Ostoberschlesien in sein Gebiet einzulassen. Diese Bestimmung ist am 15. Juni abgelaufen. Bei der deutschen Kohlenlage ist es ganz selbstverständlich, daß nunmehr auch die Kohleneinfuhr aus Ostoberschlesien eingeschränkt werden mußte. Im Laufe des Monats Juni sind aber noch 250 000 Tonnen ostoberschlesische Kohle eingeführt worden. Für Juli konnte der Reichskohlenkommissar nach keine Einfuhrsperre ausgeben, da auf das deutsche Angebot vom 20. Juni, monatlich 100 000 Tonnen Kohle abzunehmen, keine Antwort aus Polen vorlag. Anstatt auf dieses konkrete Angebot einzugehen, erließ die polnische Regierung ein Einfuhrverbot gegen deutsche Waren. Ungeachtet dieser Kampfmaßnahme der polnischen Regierung sind die Verhandlungen von Deutschland nicht abgebrochen, sondern weitergeführt worden. Erst als die tatsächliche Sperre gegen deutsche Waren bereits wirksam war, hat sich Deutschland zu Gegenmaßnahmen entschlossen. Die polnische Regierung würde klug beraten gewesen sein, wenn sie das deutsche Angebot, monatlich 100 000 Tonnen Kohle abzunehmen, unter Vorbehalt angenommen hätte, um keinen Rißton in die Wirtschaftsbeziehungen kommen zu lassen. Die Tatsache steht unumwunden fest, daß die polnische Regierung auf ein deutsches Angebot mit Kampfmaßnahmen geantwortet hat.

Das Angebot, 100 000 Tonnen Kohle monatlich abzunehmen, war durchaus nicht kleinlich. Zu ihrer Förderung müssen im niederschlesischen Bergbaubereich 35 000 Bergarbeiter eine volle Woche arbeiten. Auf ein Jahr berechnet und auf Niederschlesien bezogen, bedeutet dieses Angebot den Absatz der Förderung für volle 13 Wochen. Heißt es würde man in diesem Bergbaubereich sein, wenn eine Viertelfahrsförderung in ein anderes Land ungehindert abgesetzt werden könnte. Erst nachdem die polnische Regierung ihre Kampfmaßnahmen schon über zehn Tage hatte wirksam sein lassen, ist auf das deutsche Angebot, 100 000 Tonnen Kohle hereinzulassen, eine Antwort ergangen, worin der Einlaß von 350 000 Tonnen im Monat gefordert wird. Ohne mich irgendwie mit dieser Forderung zu identifizieren oder sie gar für annehmbar zu halten, muß ich sagen, daß, wenn die polnische Regierung diese Antwort vor dem Erschließen ihrer Kampfmaßnahmen gegeben haben würde, dann würden die Verhandlungen ohne besondere Spannung weiter geführt worden sein. Es bleibt also eine Tatsache unabwendbar bestehen: Die polnische Regierung hat auf ein deutsches Angebot mit wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen geantwortet.

Unrichtig ist sodann die Behauptung, daß die englischen Kohlenexporteure „von den deutschen Behörden die Bewilligung zur Einfuhr englischer Kohle in unbegrenzten Mengen“ bekämen. Der Reichskohlenkommissar hat das Recht der Einfuhrbeschränkung. Davon macht er bei der gegenwärtigen Lage gegenüber allen Staaten Gebrauch. Auch gegenüber England, wie nachstehende Angaben einwandfrei beweisen, Es wurden aus England folgende Mengen Kohle bzw. Koks eingeführt: im Januar 1924: 624 000 Tonnen, im Juni 1924: 546 000 Tonnen und im Monatsdurchschnitt von 1924: 473 000 Tonnen. Diese Einfuhrziffern sind unter der Wirksamkeit des Reichskohlenkommissars immer tiefer gesunken. Im abgelaufenen Monat Juni wurde die Einfuhrerlaubnis für 206 000 Tonnen erteilt. Es ist also durchaus unrichtig, daß die Einfuhr englischer Kohle un-

## Das Schicksal des Zolltarifs.

### Allgemeine Ungewißheit.

Wie man aus rechtsstehenden Blättern erfährt, will der Reichskanzler am heutigen Tage mit Vertretern der Regierungsparteien verhandeln, um ein Kompromiß über die Agrarzölle zustande zu bringen. Es ist somit die eigenartige Tatsache festzustellen, daß man eine Zollvorlage durchzupfeilschen versucht, über deren Inhalt in entscheidenden Punkten man unter sich noch gar nicht einig ist! Man will entscheiden, man weiß bloß noch nicht recht was.

Im Zusammenhang damit spricht der „Tag“ die Sorge aus, ob es möglich sein werde, „die sicher sehr starke Obstruktion der sozialdemokratischen Fraktion“ mit geschäftsordnungsmäßigen Mitteln zu überwinden. Von Obstruktion sollte man doch erst dann reden, wenn die Minderheit die Mehrheit durch geschäftsordnungsmäßige Mittel daran zu hindern sucht, ihren Willen innerhalb einer angemessenen Frist durchzusetzen. Da aber die Mehrheit einen solchen Willen bisher überhaupt nicht besitzt, ist es widersinnig, von sozialdemokratischer Obstruktion zu reden.

Die Sozialdemokratie bekämpft die Regierungsvorlage, so wie sie ist, mit sachlichen Gründen. Es gibt bis jetzt aber keine Mehrheit, die ihren Entschluß kundgetan hat, die Regierungsvorlage, so wie sie ist, Gesetz werden zu lassen. Man bemüht sich um ein Kompromiß: kommt es zustande, so will man mit den Rechten der Minderheit kurzen Prozeß

grenzt ist. Bevorzugt behandelt wurde bisher nur Polen auf Grund des Genfer Abkommens. Nachdem dies abgelaufen ist, erfährt Polen dieselbe Behandlung wie alle anderen Staaten. Es muß sich wie diese bei der gegenwärtigen deutschen Kohlenlage eine Beschränkung in seiner Kohlenausfuhr nach Deutschland gefallen lassen.

Wir wünschen selbstverständlich, daß Deutschland mit Polen zu einem Handelsvertrag kommt. Kampfpunkte sind auf ein Angebot, das man vom polnischen Standpunkt für zu gering halten mag, zu erlassen, sind aber nicht geeignet, das Ziel zu erreichen.

### Die deutsche Antwort auf das polnische Angebot.

W.B. teilt mit: Die polnische Delegation hat am Dienstag ihre Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge zum vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen überreicht. Obwohl die deutsche Delegation durch Erhöhung des Kohlenkontingents von 80 000 auf 100 000 Tonnen, durch Garantierung des status quo hinsichtlich der Fleischzufuhr, durch den Vorschlag eines pactum de contrahendo für die Viehfuhr und durch Zurückziehung der deutschen Forderungen in der Liquidationsfrage den polnischen Wünschen weit entgegengekommen ist, machte die polnische Delegation in ihrer Antwort nicht einmal den Versuch, durch Gegenvorschläge sich dem deutschen Angebot zu nähern. Sie wiederholt nur ihre früheren abgegebenen Erklärungen, daß Polen die zolltarifliche Restbegünstigung um das Einzelerleichter für Handelsreisende nur zugestehen kann gegen ein Kohlenkontingent von 350 000 Tonnen im Monat und gegen die Sicherstellung der Einfuhr nicht nur von Fleisch, sondern auch von lebenden Kindern und Schweinen.

Die Forderung eines Kontingents von 350 000 Tonnen, die dem bisherigen, durch den Versailler Vertrag Deutschland aufgezwingenen Kontingent nahekommt, verkennt völlig die durch die Weltkohlentriebe auch für die deutsche Kohlenproduktion entstandenen Schwierigkeiten. Diese Forderung ist deshalb für Deutschland völlig unannehmbar. Ebenso wenig trägt die polnische Forderung auf Einfuhr von lebenden Kindern und Schweinen dem deutschen Standpunkt Rechnung, daß die Einfuhr von Kindern überhaupt nicht in Frage kommt, und daß auch die Einfuhr von Schweinen in dem jetzt abzuschließenden Provisorium nicht geregelt werden kann, da mit Rücksicht auf den deutschen Viehbestand dazu eingehende Verhandlungen und Vorbereitungen notwendig sind. Hat doch Deutschland außer mit Oesterreich mit keinem seiner Nachbarländer ein Veterinärabkommen geschlossen.

Polen erklärt weiter, daß es von diesen Forderungen nur dann absehen könne, wenn Deutschland bereit wäre, auf die zolltarifliche Restbegünstigung zu verzichten und lediglich ein Abkommen zu schließen, dessen Inhalt nach Ansicht der polnischen Delegation sich darauf zu beschränken hätte, daß der Wert der ausgetauschten Waren sich auf beiden Seiten entspricht. Die polnische Delegation kommt somit auf den bereits früher von ihr oft dargelegten Gedanken zurück, ihre als ausgesprochene Kampfmassnahme ausschließlich gegen Deutschland gerichteten und jeden Handelsverkehr unterbindenden Einfuhrverbote dem seit einem Jahrzehnt und gegenüber allen Ländern bestehenden deutschen Kohleneinfuhrverbot gleichzustellen. Ein Abkommen auf dieser Grundlage, das die von Polen beabsichtigte Taktik, während der laufenden Verhandlungen neue Einfuhrverbote zu erlassen, kontinierlicher würde, ist für Deutschland unannehmbar und auch nicht geeignet, die durch die polnischen Einfuhrverbote hervorgerufene Störung im Wirtschaftsverkehr zu beseitigen.

Diese Antwort der polnischen Delegation bietet daher keine Aussicht, zu einer Einigung zu gelangen.

### Agrarzölle und innerer Markt.

#### Die falsche Front der Industrie.

Die Schutzöllner aller Richtungen behaupten unausgesetzt, daß die Agrarzölle den inneren Markt stärken. Der landwirtschaftliche Sachverständige Dr. Frh. Baade erbringt nun in der „Börsenzeitung“ den Nachweis, daß diese Behauptung absolut irrig ist. Zunächst muß der Konsument verlieren, was die Landwirtschaft gewinnt. Auf Grund amtlicher Zahlen bedeutet das, daß die Zollvorsorge eine minderbemittelte Familie von fünf Köpfen mit rund 150 M. jährlich belastet. Da es in Deutschland etwa

10 Millionen Haushaltungen gibt, die nicht Selbstverfolger sind, bedeutet das eine Gesamtbelastung der Verbraucher mit 1 1/2 Milliarden. Setzt man davon die Staatseinnahmen aus den Zöllen ab, so bleiben für die Landwirtschaft selbst immerhin noch etwa 1,2 Milliarden Mark Mehreinnahmen.

Was kauft nun die Landwirtschaft von der Industrie? Nach einer Zusammenstellung des Freiherrn v. Lünig in der „Landwirtsch.-Zeitung“ der Provinz Sachsen, die sich auf Betriebe aller Größenklassen erstreckt, und nach Berücksichtigung der besonderen Wirtschaftsverhältnisse in Sachsen kommt man zu dem Ergebnis, daß die Landwirtschaft jährlich für etwa 1 Milliarde Mark industriell erzeugte Produktionsmittel verbraucht. Baade zieht aus seinen Feststellungen folgenden Schluß:

Wir finden also das Endergebnis unserer Berechnungen, daß die Summe die der Landwirtschaft an künstlicher Kaufkraftsteigerung durch die Zölle auf Kosten der Konsumenten zugewandt werden soll, größer ist als die bisherige Gesamtausgabe der Landwirtschaft für industriell erzeugte Produktionsmittel; sie übertrifft diese Summe um ein volles Fünftel.

In der Tat ist dieses Ergebnis überaus und sogar entscheidend für die gesamte Beurteilung der Zollfrage. Denn nach den obigen Feststellungen kann die Landwirtschaft überhaupt nicht soviel Produktionsmittel kaufen und verbrauchen, wie sie durch die Zölle an Geldwert erhält. Die Zölle bedeuten also keine „Stärkung des inneren Marktes“, mindestens nicht in dem Ausmaße, wie ihr Ertrag über den Produktionsmittelbedarf hinausgeht. Tatsächlich bringen die Agrarzölle dem kleinen Teil der Landwirtschaft, der überhaupt aus den Zöllen Nutzen ziehen kann, nichts anderes als einen gewaltigen Kapitalzuwachs und eine enorme Steigerung der Bodenrente auf Kosten der breiten Verbrauchermassen. Der Kaufkraftverlust, den die letzteren erleiden, aber muß sich in verminderter Nachfrage nach Industrieprodukten geltend machen, muß also Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Nicht nur Verminderung des Reallohnes, sondern Beschäftigungslosigkeit und Not wären also die Wirkungen der agrarischen Hochzollpolitik. Diese Auffassung, die wir seit jeher an dieser Stelle vertreten haben, wird durch die Ergebnisse der außerordentlich wertvollen Berechnung Dr. Baades vollinhaltlich bestätigt. Die Front der Industrie, die sich noch für Agrarzölle einsetzt, ist falsch, und das nicht nur zum Verderben der breiten Volksmassen, sondern auch zum Nachteil der Industrie selbst.

### Die müden Schutzöllner.

#### Der Arbeitseifer des Zollauschusses.

Die Furcht der Zollblockparteien, daß sie trotz ihrer Sabotage der sachlichen Durchberatung nicht rechtzeitig in die Sommerferien gehen könnten, war die Veranlassung dafür, die heutige Sitzung des Zollauschusses um 9 Uhr beginnen zu lassen. Die sozialdemokratischen Vertreter waren rechtzeitig da. Aber wo waren die anderen? Als der Vorsitzende begann, war der Ausschuß gerade beschlußfähig. Nach und nach trauten die Herren herein. Als letzter Herr Schneider-Dresden, der deutschsozialistische Führer der passiven Resistenz der Regierungsparteien im Zollauschuss. Es scheint also doch nicht so dringlich zu sein, wenn man Zeit hat, müde zu sein.

Als Zwischenstück eine interessante Geschäftsordnungsdebatte. Genosse Krüger-Wersburg hatte auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß der bayerische Bauernführer Horlacher auf einmal bei einer bestimmten Gruppe der Industriegölle ein besonderes Interesse bekundete. Krüger führte das zurück auf die ideale Verbindung Horlachers mit der Schweinfurter-Grün-Fabrikation. Diese Bemerkung rief Herrn v. Raumer auf den Plan, der sich als Interessensvertreter bestimmter Wirtschaftsgruppen mitgetreten fühlte. Er versicherte, seine und seiner Freunde Entscheidungen seien nur bestimmt von dem Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes. Wirklich? Wiffel bezweifelte die Aufrichtigkeit der Raumer'schen Argumentation. Diese Bemerkung veranlaßte v. Raumer, seinerseits zuzugeben, daß der Zolltarif offensichtliche Mängel besitze, daß er und seine Freunde aber ihre Bedenken zurückstellten, um eine schnelle Verabschiedung des Provi-

foriums zu erreichen und um dadurch die Möglichkeit zu bekommen, dann endlich die große Zollvorsorge endgültig zu erledigen. Genosse Müller erklärte, daß die Sozialdemokratie

genau daselbe handelspolitische Interesse habe, unseren Vertretern ein brauchbares Instrument in die Hände zu geben, daß aber gerade das für uns Veranlassung sein müsse, auf einer gründlichen Durchberatung zu beharren.

Der Zollauschuss behandelte am Donnerstag vormittag die Positionen Chemikalien, Farben und Lacke. Die sachliche Debatte wurde bestritten durch die Genossen Krüger-Wersburg und Wiffel. Um der deutschen verarbeitenden Industrie die Lebensmöglichkeiten nicht zu erschweren, beantragten die Sozialdemokraten zu allen Positionen Zollfreiheit. In einigen Fällen gelang es, dieses Ziel zu erreichen, in anderen die Sätze der Regierung herabzumindern. Der Genosse Fehlich-Züringen wendete sich im Interesse der Gerbindustrie, der Lederindustrie und des Leder verarbeitenden Handwerks gegen die Zölle auf Gerbholz und Gerbstoffextrakte. Bei der Position Farben und Lacke fragte der Genosse Schaffner die bürgerlichen Parteien, wie es in diesem Falle mit der von ihnen immer gerühmten Handwerkerfreundlichkeit sei, wenn sie jetzt durch einen Schutz Zoll auf dieses Produkt dem Handwerker die Materialien bis ins Unerträglich verteuerten.

### Ebert-Büste und Frank-Bildnis.

#### Aus der Ausschmückungskommission des Reichstags.

Im Reichstag war gestern in der Vorhalle vor dem Bureau die dort aufgestellte Nolite-Büste entfernt und zur Probe eine vom Bildhauer Prof. Kolbe verfertigte Büste Eberts auf hölzernem Sockel aufgestellt worden. Die Aufregung, die ob dieser angelegentlich „roten Bilderstürmeri“ auf der Rechten entstand, war grundlos. In der heutigen Sitzung der Ausschmückungskommission des Reichstags einigte man sich ohne Widerspruch dahin, die Nolite-Büste im Vorraum vor dem Bureau und die mit ihr korrespondierende Bismarck-Büste im Vorraum vor dem Reichsrat an ihren Plätzen zu belassen. Mit Prof. Kolbe soll über die Ausgestaltung der Ebert-Büste weiter verhandelt werden. Dann will man für sie auch einen würdigen Platz finden.

Die Ausschmückungskommission beschloß ferner, vom Ankauf der beiden im Hause aufgestellten Porträts Ludwig Franks von Corinth und Jäger abzusehen. Man wird mit dem Professor Arthur Kampf wegen der Herstellung eines neuen Entwurfs in Verbindung treten.

### Beruhigung an der Börse.

Nach der gestrigen überaus heftigen Protestdemonstration des Börsenvorstandes ist heute auf den Effektenmärkten, wenn die Tendenz auch zur Schwäche neigte, eine stärkere Beruhigung eingetreten. Von panischen Verkäufen des Publikums war keine Rede mehr; die erlittenen Kursrückgänge durften zumeist auf Blankoabgaben der Börsenspekulation zurückzuführen sein. Hieraus geht zur Genüge hervor, daß der gestrige Beschluß des Börsenvorstandes den Börsenverkehr wegen der geringeren Auswertung des spekulativen Reichtums ausfallen zu lassen und alle Anleihen bis auf weiteres zu streichen, ebenso übereilt wie ungerathen war. Ganz abgesehen davon, ob der Börsenvorstand überhaupt berechtigt ist, die Kursstreichung der öffentlichen Anleihen anzuordnen, kann es doch nicht Aufgabe einer Börsenbehörde sein, die Kriegsanleihepekulanten in Protestkundgebungen unterstützen zu wollen. Den gestrigen Schritt hätte man im Einvernehmen mit den Staatsbehörden schon vor Jahresfrist ergreifen sollen, ehe das unwürdige Spiel mit den Kriegsanleihen überhaupt den beobachteten Umfang erreichen konnte. Erst durch die spekulativen Ausschreitungen wurde der überspannte Kurs erreicht, auf Grund dessen einflußreiche Spekulantengruppen einen Aufwertungsanspruch gegenüber dem Reiche herzutreiben suchten. Jetzt will man den Speiß umdrehen und angeblich die bisherigen Erwerber von Anleihen vor weiteren Veränderungen der Aufwertungsregelung schützen.

Im übrigen hat der Beschluß des Börsenvorstandes, die Anleihen zur Streichung, nur zu dem Ergebnis geführt, daß sich nur ein ausgebreiteter Freiverkehr in den Papieren entwickelte.

### Der neue Portier.

Seit einer Woche ist ein neuer Portier im Hause. Sein Vorgänger war schon zu alt; zwar sahen alle vier Aufgänge immer noch leblich sauber aus, die Zentralheizung und die Warmwasser-versorgung funktionierte, der Hof wurde mindestens einmal in der Woche gefegt, aber reichlich sauer wurde dem Alten und seiner nicht viel jüngeren Frau die Arbeit doch schon. Und als er sich zulezt den Arm gedroschen hatte und der nach der Heilung nicht wieder recht beweglich werden wollte, da verstand er endlich den Wink, den der Hausverwalter ihm schon ein paarmal gegeben hatte: er gab seine Stellung auf; wie man sagt, ist er zu seinen Kindern gezogen. Reicht muß ihm der Entschluß nicht gefallen sein; denn täglich um die Mittagsstunde kommt er, besieht sich den Hof, guckt in die Aufgänge hinein und läßt seine Blicke langsam über die Fenster gleiten, hinter denen er mehr als zwanzig Jahre seines Lebens verbrachte.

Jetzt werden fremde, junge Gesichter dahinter sichtbar. Der neue Portier ist erst seit einigen Jahren verheiratet und hat bisher mit seiner Frau und seinem etwa einjährigen Kinde in einer Mietwohnung hausen müssen. D, er ist glücklich über sein neues Heim, das sogar Badeeinrichtung hat. Zwar liegt die Parterrewohnung auf dem Hof in der dunkelsten Ecke, und es ist kaum anzunehmen, daß mehr als Dämmerlicht je in den Räumen herrscht; aber es ist doch eine Wohnung, eine eigene „richtige“ Wohnung. Die junge Frau putzt und poliert den ganzen Tag darin herum — man sieht es von den gegenüberliegenden Fenstern; das Baby kräht so vergnügt, als begriffe es auch bereits das Heil, das der Familie wiederfahren ist; und der Mann arbeitet, arbeitet vom Morgen bis zum Abend. Nicht mit der Bangsamkeit der beiden Alten, die einen ganzen Tag brauchen, nur um das Notwendigste zu schaffen, sondern mit unermüdetem Eifer. Rührende Demut liegt in diesem noch-immer-nicht-verstehen-können, in diesem Staunen: ich habe ein Heim, werde ich es behalten dürfen? Hochbezaht ist die Portierstelle sicher nicht; aber um seiner Wohnung willen werdt der Mann fast ohne Pause von fünf Uhr in der Frühe bis zehn Uhr nachts.

Seit einigen Tagen hat er sich besonders der Rasenanlagen auf dem Hof angenommen, um derentwillen Seitenflügel und Quergebäude den stolzen Namen „Gartenhaus“ führen. Recht verwahrt sich das Grün aus, das spärlich aus der Erde hervorprosselt. Der Portier hat sich Grasmähen beschafft, obgleich die Jahreszeit schon reichlich vorgeschritten ist, hat gefegt, geharkt, gesossen, von den Sträuchern die toten Zweige abgeschnitten. Viel Erfolg freilich wird er mit seinen Kulturen nicht haben. Die Gartenanlagen sehen nämlich besser aus, wenn Familie Schmidt im Quergebäude nicht zwei Dackel hätte, die sich immer auf dem Rasen vergnügen. Der eine heißt „Mausi“, der andere hört — meistens zwar nicht — auf den schönen Namen „Elfenkind“. Mausi und Elfenkind werden fünfmal am Tage ausgeführt. Jedemal, wenn sie herankommen, verankalten sie eine Hehjagd auf dem Rasen, toben und tragen, daß

Sand und Gras nur so herumspritzen. Freuchen steht dabei und freut sich. Gestern kam ihr Mann dazu, als die beiden Hunde wieder im wildesten Raufen waren. „Reg doch die Hunde an die Leine, wenn du über den Hof gehst.“ sagte er zu seiner Frau. „Du siehst doch, daß der Portier eben erst geharkt hat.“ „Aber Dill!“ — ihre Stimme bebte vor Entrüstung. „Ich kann doch den armen Tieren nicht ihre Freiheit nehmen! Dann wird der Portier eben morgen wieder harken!“

Sie hat recht. Der Portier hat ja endlich eine Wohnung; er wird eben morgen wieder harken. (S—z)

### Ein Poet für den Tagesgebrauch.

Ein ewiges Geheiß von Sensation zu Sensation, Geleise von Zeitung zu Zeitung, Geleise von Stunde zu Stunde, wo ist das Gehirn, das alles behalten will und wenn es will, das alles halten kann? Aber da sind doch ein paar Zeitungsschreiber in Deutschland, von denen wir, was sie im Hofgetriebe schreien, alles oder doch vieles behalten wollen und auch halten können. Journalisten, die uns, vielleicht gerade weil sie alles so schon stadtobenhörtig machen, genau so teuer sind wie die besseren Dichter dieses dichterreichen Landes, und einer von diesen Poeten für den Tagesgebrauch heißt Fred Hildenbrandt.

Der schreibt schon seit längerer Zeit im „Berliner Tageblatt“ in höchster großem Stil Feuilletons, in denen das ganze Wirbeln dieser aufgeregten Zeit gesungen und gespiegelt wird. Nicht in irgend welchen Verzerrungen, die das Unheimliche, das uns umstrickt, das Uebermächtige bewußt betonen wollen, nicht in scharfen Zynismen, die mit Wucht anklagen, auch nicht mit der Technik des Naturalismus, die uns heute doch im Letzten unbefriedigt lassen muß. Da denkt nicht nur das Hirn eines Reporters, da schreibt nicht nur die Hand eines gewandten Schriftstellers, da klopf auch das führende Herz eines Menschen, und das Herz diktiert zunächst einmal dem Hirn ganz deutlich, was und wie es zu denken hat. Das ist es, die große Liebe ist es, es muß hingeschrieben werden, so dümm, so abgemüht das Wort auf Zeitungspapier sich auch ausmacht. Ob Hildenbrandt über Sechstageremmen schreibt, über das Verführerwerk der Hellsamere, über die Giftwirkung der Infaktion, die rauschenden Kostümfeste, die Spitzdier der Vermissten, über Kächer oder Theater — nie klingt etwas bitter und häßlich, immer gut, mahnend, vielleicht sogar religiös. Dieser Selbstha ist ein Schwärmer, ein Träumer, ein Idealist, so einer, wie er vielleicht vor hundert Jahren Hiers herumgelungen sein mag, und daß dieser Typus in unserem Deutschland nicht ganz ausgefallen ist, darüber wollen wir uns freuen. Und Hildenbrandts gesammelte Aufsätze, deren erster Band jetzt im Vandenberg-Verlag zu Berlin unter dem Titel „Tageblätter“ erschien, als unbedingt lesenswert notieren.

Erich Gottgetreu.

Der große alte Lehmann. Der Lehmann'sche Verlag in München, der die früheren Werke von Amundsen verlegt und dem nun auch der Flug nach dem Nordpol anvertraut wurde, hat das Anerbieten mit der Begründung abgelehnt, daß Amundsen im Kriege das Licht auslöschen ließ und der deutschen Nation zerschneiden habe, und daß er die Deutschland zugehörige Pränkung noch nicht wieder gutgemacht habe.

Die russischen Kommunisten und der „alte Kulturnachlaß“. Seit längerer Zeit wird von den leitenden Stellen der kommunistischen Partei in Sowjetrußland um die Befreiung der Literatur vom Parteilichem und gegen die Monopolisierung der Literatur durch die kommunistische Partei ein Kampf geführt. In den letzten zwei Jahren ist in Rußland eine ganze Reihe junger, talentvoller Schriftsteller hervorgetreten, welche die Schrecken der Bürgerkriege miterlebt haben und die gegenwärtigen Lebensverhältnisse der russischen Bauern, welche ohne Zweifel das Schicksal des Sowjetstaates entscheiden werden, genau kennen. Doch sind diese Schriftsteller in ihrer Mehrzahl durchaus keine Kommunisten, und daher der Befolgung der extremen Kommunisten ausgelehrt. Diese ging soweit, daß auf einem Schriftstellertag die linken Kommunisten sogar für die Gründung einer literarischen Tscheka eintraten. Die extremen Kommunisten haben aber bisher in ihren Reihen nicht einen einzigen talentvollen Schriftsteller aufzuweisen, so daß das Zentralkomitee der kommunistischen Partei sich gezwungen sah, in der Moskauer „Iswestija“ (vom 1. Juli) eine „Declaration“ zu veröffentlichen, in welcher es viele von ihm bisher eifrig verteidigte Thesen aufgibt. So heißt es u. a.: „Das Proletariat konnte zwar die politische Macht an sich reißen, doch keine Kunstliteratur, noch eine besondere Form derselben oder einen Stil schaffen.“ „Das Proletariat konnte“ — heißt es weiter — „weder naturwissenschaftliche noch technische Probleme lösen. Deshalb wird jetzt empfohlen, das leichtfertige und verachtete Verhalten zum alten Kulturnachlaß zu bekämpfen.“ — Selbstverständlich muß diese neue Richtung der Sowjetregierung nicht übersehen werden, doch das Erscheinen der Declaration zeigt, daß die Sowjetherrscher unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen sind, nicht nur auf dem ökonomischen Gebiet, sondern auch auf dem des geistigen Lebens nachzugeben.

Ein Land, in dem der Automobilverkehr verboten ist. Es klingt kaum glaublich, aber es ist nichtsdestoweniger Tatsache, daß es in der Schweiz zwei Kantone gibt, in denen der Automobilverkehr verboten ist. Erst in diesen Tagen ist in Graubünden — das ist einer dieser Kantone — eine Vorlage von der Volksoberkommission angenommen worden, wonach der Automobilverkehr gestattet sein soll. Von diesen Bergfreunden allerdings wird diese Vorlage aufs heftigste bekämpft und bedauert. Und nicht ganz mit Unrecht. Denn für die Touristen sind die Automobile auf den Landstrassen eine der unerfreulichsten Erfindungen.

Die Ausstellung „Berliner Kunst 1925“ im Saalbau des Deutschen Oberlandes Charlottenburg, Bismarckstraße 84—87, veranstaltet täglich zwischen 11—12 Uhr vormittags und 5—6 Uhr nachmittags, Sonntags nur nachmittags, Führungen durch die Ausstellung.

Der Don-Rosolen-Chor unter Leitung seines Dirigenten Sergej Karoff hat im Mai und Juni im vorläufigen Serie eine große Anzahl von Konzerten in London veranstaltet. Der Chor kehrt jetzt nach Deutschland zurück und wird im September wieder in Deutschland zu hören sein.

Die Hoffenstiftung in der letzten Halbwache. Wie der Königlich Preussische Verwalter einer Uebersticht des Volkswirtschaftsministeriums entnimmt, erfolgte in der Woche vom 24. bis 30. Mai in den Regierungsbezirken Königsberg und Marienwerder 29 sichere und 6 unsichere Erbschaften. Todesfälle waren nicht zu verzeichnen.

# Expeditionen nach Rußland.

Grundsätzliches zum kommunistischen Delegationsdrummel.

In der kommunistischen Presse und in einer Reihe von Vertrieben wird jetzt die Reklametrummel gerührt für die Entsendung von Russendelelegationen, die nach Rußland reisen sollen, und da Rußland ein interessantes Land ist, so finden sich naturgemäß zahlreiche Leute, insbesondere halbkommunistische Elemente, die bereit sind, an solchen Expeditionen teilzunehmen.

An sich wäre nichts dagegen einzuwenden, daß Delegationen nach Rußland entsandt werden. Welche Ergebnisse kommen aber von ihnen unter den obwaltenden Verhältnissen erwartet werden?

Von den Befürwortern der Delegationen gibt sich wohl kaum jemand Rechenschaft davon ab, wie unendlich groß die Aufgaben sind, die diese Delegationen zu bewältigen haben. Sie müssen die kritischen Fragen über die ökonomische Lage Rußlands sowie über den Grad des Wirtschaftswachstums der Industrie, Landwirtschaft und des Verkehrs klären; sie müssen dies alles mit den entsprechenden Verhältnissen in der Vorkriegszeit vergleichen, um ein Urteil zu fällen über das bolschewistische Wirtschaftssystem, den Staatshaushalt und das russische Außenhandelsmonopol. Sie müssen ferner die besondere Lage der Arbeiter untersuchen: Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeitslohn usw.; sie dürfen auch an der Frauen- und Kinderarbeit sowie an dem gesamten System des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung nicht vorbeigehen. Von großem Interesse muß für sie auch der kulturelle Stand des Landes sein: Volksschulen und Universitäten, Literatur und Kunst, Buchverlagswesen, Zeitungen, Zeitschriften usw. Und schließlich die politischen Fragen! Eine unendliche Menge von Problemen, die die Selbstverwaltung, das Sowjetssystem, die Lage der Opposition und des gesamten politischen Kampfes betreffen, eröffnen sich hier.

Die Aufgaben der Expeditionen nach Sowjetrußland sind also sehr umfangreich, weit umfangreicher als die aller wissenschaftlichen Expeditionen. Die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung jedoch sind weit geringer, unter den obwaltenden Verhältnissen sogar direkt minimal. Daß die Teilnehmer der Rußland-Expeditionen früher Rußland nicht kennen, ist nicht von geringer Bedeutung, aber dies ist nicht der größte Mangel, der hier in Frage kommt. Das größte ist — und dies unterscheidet sie von allen rein wissenschaftlichen Expeditionen —, daß sie sofort nach Ankunft auf ihrem Forschungsgebiete in die Hände interessierter Personen geraten, in die Hände einer Organisation, die kein Hehl daraus macht, daß sie die Delegationen ganz bestimmte verheißene Ziele setzt, und daß sie zu diesem Zweck alle möglichen Ausgaben trägt, einen ungeheuren staatlichen Apparat in Bewegung setzt, eine besondere Literatur ins Leben ruft, spezielle Volksversammlungen einberuft, Straßenmanifestationen inszeniert und sonstiges mehr.

Man muß ohne Umschweife sagen: Delegationen nach irgendeinem Lande haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie die Möglichkeit haben, im Lande selbst mit der politischen Opposition in Verbindung zu treten. Nur in diesem Falle sind sie vor dem Schicksal bewahrt, das Opfer raffinierter Machinationen und Fälschungen zu werden und die lächerliche Rolle von Holzpuppen in den Händen fremder Drahtzieher zu spielen. In den ersten Jahren der Sowjetgewalt existierte noch eine halb legale Opposition, gab es im besonderen noch eine sozialdemokratische Presse und Organisation. Deshalb hatten die damals nach Rußland kommenden ausländischen Delegationen die Möglichkeit, die Lage gründlich kennenzulernen, und die Folge war, daß beispielsweise die erste englische Delegation im Jahre 1920 keineswegs falsche Eindrücke aus Sowjetrußland nach Hause brachte.

Dagegen hat die zweite englische Delegation im Jahre 1924 die ganze Welt mit ihrem Rußlandbericht in Erstaunen versetzt, der nichts weiter ist als eine Verherrlichung des russischen Bolschewismus. Gewiß hatte sich inzwischen in den wirtschaftlichen Verhältnissen manches geändert, aber das wesentlichste ist, daß zu dieser Zeit bereits jede öffentliche Opposition in Rußland absolut vernichtet war; die englische Delegation konnte deshalb, selbst wenn sie wollte, die Stimme der Opposition nicht mit derselben Aufmerksamkeit vernehmen wie die der offiziellen Redner und Publizisten. Man überschüttete sie mit Haufen von Büchern, Zeitungen, statistischen Tabellen, Berichten und Denkschriften. Man führte sie von einer Volkerversammlung zur anderen. Man belohnte sie mit Selbstkostengebühren, die gleichmäßig zwischen ihr und den kommunistischen Rednern verteilt wurden. Und das Ergebnis? Sie sah wenig und verstand noch weniger. Ein Monat nach dem Erscheinen ihres Rußlandberichtes brachen, in trockenem Gegensatz zu ihren optimistischen Urteilen, ungeheure Streiks in der russischen Textilindustrie aus; die Konflikte in der Metallindustrie und im Druckergewerbe verschärften sich immer mehr; durch den Mund Stalins erinnerte die russische kommunistische Partei an die bedrohliche Lage im russischen Dorfe, an die Unzufriedenheit der Bauernschaft, derselben Bauernschaft, die nach dem Berichte der englischen Delegation vollkommen befriedigt ist und der Sowjetregierung vertraut. Eine unmögliche, lächerliche Situation!

Solange in Rußland kein freies öffentliches Leben existiert, kann deshalb die ganze Methode der Delegationen keine wesentlichen Ergebnisse zeitigen. Mitunter führen sie zu entgegengesetzten Resultaten und sind direkt schädlich. Daß die Kommunisten gerade deshalb mit besonderer Vorliebe solche Delegationen empfehlen, ist ohne weitere Erläuterungen klar. Um so mehr haben wir die Pflicht, die mit diesen Delegationen verbundenen Gefahren aufzudecken.

Diese Gefahren sind um so größer, wenn den Delegationen nicht einige Personen angehören, die Rußland gut kennen und die gefestigte sozialistische Ueberzeugungen haben. Diese Delegierten könnten bis zu einem gewissen Grade ihren Kollegen gegenüber die fehlende politische Opposition ersetzen. Sie könnten hin und wieder auch jene Seiten des russischen Lebens beleuchten, die die Regierungsorgane im Schatzen zu lassen suchen.

Als aber der „Vorwärts“, als Antwort auf den Aufruf der KPD, über die Entsendung von Delegationen nach Rußland, die Frage aufwarf, ob solche Personen, wie wir soeben erwähnten, den Delegationen angehören würden, blieb die gesamte kommunistische Presse die Antwort schuldig. Die Frage war damit erledigt. An Stelle glaubwürdiger Delegationen, bestehend aus wirklichen Vertretern der Arbeiterbewegung, ist die KPD, nun am Werke, Delegationen „aus den Betrieben“ zusammenzustellen, die man mühselos an der Nase würde herumführen können. Die Sozialdemokratische Partei lehnt selbstverständlich jede Verantwortung für derartige Expeditionen nach Rußland ab. Denn solange die geschilderten Uebelstände bestehen und solange die Sowjetregierung besteht, ist alle ihr unbenutzbare Elemente von den Delegationen fernzuhalten und so einen bestimmenden Einfluß auf ihre Zusammenfassung auszuüben, laufen die „Expeditionen nach Rußland“ nur auf einen Reklametrummel für die Kommunisten hinaus, für den die sozialdemokratischen Teilnehmer lediglich eine vorteilhafte Kulisse bilden sollen.

## Seltene Anekdotten.

In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses der Barmal-Affäre im Preussischen Landtag versprach der Zeuge Lannenzapf dem Ausschuss, die holländischen Bücher der Amerzima im Original vorzulegen. Auf Vorhalt des Vorsitzenden versicherte er ausdrücklich, daß er sie auf legitime Weise beschaffen könne.

Wir fragen in voller Öffentlichkeit und diese Frage richtet sich vor allem auch an alle Behörden, die an der Barmal-Untersuchung teilgenommen haben: Sind legitime oder illegitime Schritte ins Auge gefaßt, organisiert oder gar etwa schon ausgeführt worden, um in den Besitz der Geschäftsbücher der Amerzima zu gelangen?

Hat Herr Lannenzapf remontriert oder hat er etwa rechtzeitig aus der Schule geschwätzt?

# Mordprozeß Angerstein.

R. Limburg, a. d. Lahn, 9. Juli.

Gestern erschöpfte das Gericht seinen gesamten Vorrat wie an Zeugnissen, so auch an Zeugen, die über den Seelenzustand Angersteins zu bekunden hatten. Sie sollten die Entscheidung bringen: entspricht Angersteins Darstellung über das „Wie“ und das „Wann“ der Tötungen der Wirklichkeit oder nicht. Es mußte festgestellt werden, zu welchen Zeiten die verschiedenen Opfer Angersteins am Mordtage in sein Haus gekommen, wann sie zum letztenmal gesehen worden sind. Und man kann nicht sagen — abgesehen von einigen Kleinigkeiten, die für den Angeklagten belastend ausgefallen sind —, daß diese Aussagen Entscheidendes gebracht haben. Gestern sollte auch endgültig der Geisteszustand Angersteins nach seiner Rückführung in der Nähe des Müllerischen Hofes festgestellt werden. Der Eindruck, den man von den Aussagen erhielt, war kein einheitlicher. In diesem Punkte wird man die psychiatrischen Sachverständigen hören müssen. Was war das für ein Zustand, in dem der Angeklagte sich befand? War das ein seelischer Dämmerzustand, bestand da eine Verdrängung des schauerlichen Ereignisses und Erlebnisses der vorangegangenen Nacht und des einschündernden Tages ins Unbewusste, ein automatisches Handeln, das nicht unlogisch zu sein brauchte — oder war es, wie die Anklage annimmt, das bewusste Vorbereiten eines Mordes? Es konnte das eine wie das andere sein. Man wird aber selbst bei dieser für Angerstein ungünstigen Annahme nur mit größter Vorsicht von seinem Verhalten während seines Besuchs in Haiger und seinem Betragen auf der Wiese, in der Müllerischen Villa und im Krankenhaus, auf seinen Zustand während der Tötungen schließen dürfen. Die Frage, medizinisch und psychologisch, wird bestehen bleiben: hat er während der zwölf Stunden, — denn so groß war die Zeitpause, während der er seine Tötungshandlungen begangen hat —, die normale Ueberlegungsfähigkeit beibehalten oder nicht? Der gestrige Tag lief mit größter Intensität Erinnerungen an den Haarmann-Prozeß nach. Dieselben drohenden Mörder, die gleichen im stillen Schmerz versteinerten Mütter. Man schaute in die Gesichter der Zeugenrichter, die hart-drohend dasahen, und sagte sich: eine Rettung gibt es für Angerstein nicht! Woher sollte sie auch kommen? Etwas von den psychiatrischen Sachverständigen? Sie haben ja ihr entscheidendes Wort bereits in der Voruntersuchung gesprochen: § 51 kommt nicht in Betracht. Sollte es etwa den psychiatrischen Sachverständigen gelingen, die Richter, Laien- und Berufsrichter, in die Tiefen des Seelenlebens dieses Mörders hinabsteigen zu veranlassen und sie von seiner krankhaften Willensbildung zu überzeugen? Der heutige Tag kann entscheidend werden. Denn: was war das Motiv zu der grausigen Rette der Verbrechen? Furcht vor Aufdeckung seiner Untertat, Angst, das Wägengebäude seines Lebens, das Scheinwohlhaben seines Haushaltes zusammenstürzen zu lassen, — behauptet die Anklage. Keine Idee pariert die Verteidigung. Die Veruntreuungen waren minimal. Sie reichen zur normalen Motivierung dieses anormalen Verbrechens nicht aus. So wird heute die Schlacht geschlagen um die Motive.

## Verhandlungsbericht.

Limburg a. d. Lahn, 9. Juli (Drahtbericht). Auch am heutigen vierten Verhandlungstag dauerte der Andrang des Publikums, insbesondere der Bewohner von Haiger, zum Angerstein-Prozeß in unverminderter Stärke an, umso mehr, als sich das Hauptinteresse der heutigen Verhandlung auf die Aussagen des Bruders Angersteins, der sich unter den für heute geladenen Zeugen befindet, konzentrierte, ebenso auf die Aussage des Prokuristen Wir und des Generaldirektors Generozki von der Firma van der Zypen. Angerstein blieb zunächst wieder mit gemeinsamem Hauptes auf der Anklagebank sitzen, ohne seinem Bruder auf der Neugendbank einen Blick zu schenken. Als erster Zeuge wurde zuerst Amtsgerichtsrat von Hemsterd vernommen, der zur Gerichtskommission gehörte, die als erste zum Tatort gerufen worden war und noch am Abend des 1. Dezember 1924 ihre Ermittlungen auf-

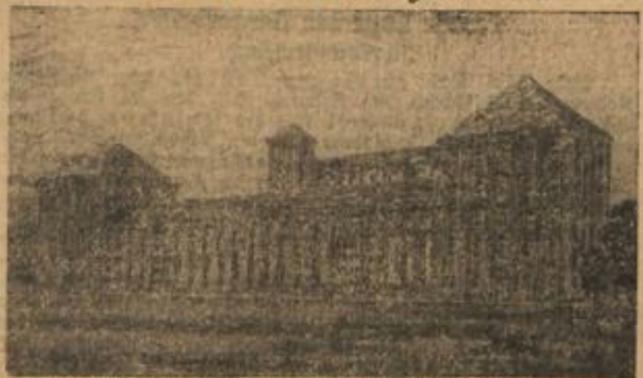
nahm. Angerstein wurde dem Richter zunächst als nicht vernunftfähig bezeichnet. Auf Anfragen im Krankenhaus habe der Arzt noch einmal versichert, daß infolge der Wunde im Leib eine Infektion der Bauchhöhle zu befürchten sei, und daß Angerstein wohl höchstens noch zehn Tage zu leben habe, daß es aber auch noch viel schneller mit ihm zu Ende gehen könne. Später habe man dann aber die Nachricht bekommen, daß er vernunftfähig sei und er machte auch auf die Gerichtskommission durchaus den Eindruck, als ob er bei der Sache sei. Auf die Ermahnung des Amtsgerichtsrates, bei seinen Aussagen zu überlegen, da er möglicherweise bald vor einem höheren Richter stehe, und da man ihn verurteilen müsse, habe der Angeklagte den Eindruck gemacht, als ob er das durchaus begreife und sei so ordnungsmäßig verurteilt worden. Ebenso habe er seine ihm vorher vorgelegte Aussage unterschrieben. Bei seiner Schilderung des angeblichen Ueberfalles habe Angerstein einen wohlwärtigen Eindruck gemacht, im übrigen aber gemüht, was er sagte. Im Laufe des Tages trat dann der Gerichtsschreiber Dr. Popp seine Feststellungen und es fand darauf am Nachmittag eine nochmalige Vernehmung Angersteins statt. Dr. Popp meinte, es wäre gut, ihn zu überführen, indem man ihm sein Verbrechen auf den Kopf zusagte. Dagegen, so erklärte der Amtsgerichtsrat, stand ich auf dem Standpunkt, daß man

nach den Proben seiner Verstellungskunst, die er uns am Morgen gegeben hatte, anders vorgehen müsse. Morgens hatte er uns nämlich gesagt: Grüßen Sie meine Frau, es ginge mir wesentlich besser. Ich versuchte daher, ihn so zu vernehmen, daß er selbst merken mußte, ein weiteres Leugnen sei zwecklos. Nach einigen entsprechenden Fragen sagte ich ihm auf den Kopf zu, daß er der Täter sei, wobei ich ihm alle Verdrängungsgründe vorhielt. Er verhielt sich aber meinen Ausführungen gegenüber ablehnend, tat so, als ob er gar nichts verstände und sagte mehrfach: Ich verstehe Sie nicht, ich verstehe Sie nicht. Als ich ihm dann mitteilte, daß seine Frau unter den Toten sei und er möglicherweise selbst der Mörder, wiederholte er immer wieder: Meine arme Frau, meine arme Frau, aber nicht mit einer Stimme, die uns bewies, daß das nicht der Ausdruck eines wahren und echten Gefühls eines Mannes war, der pöhllich den Tod seiner geliebten Frau erfährt. Es war eben nur ein nicht gelungener Versuch, nach außen hin solche Führung vorzuführen. Trotz aller Vorhaltungen, auch unter Hinweis auf die von ihm begangenen Unterschlagungen, blieb Angerstein dabei, daß er nicht der Täter sei. Alle Bemühungen, ihn zu einem Geständnis zu bewegen, blieben zunächst erfolglos. Auch seine

## Gegenüberstellung mit den Leichen

beeinflusste diese Stellungnahme nicht. Die acht Leichen waren in einem Gartenhäuschen neben dem Krankenhaus aufgebracht. Auf der einen Seite lagen die vier Männer, auf der anderen Seite die vier Frauen. Es blieb dazwischen nur ein schmaler Gang; in diesem Gang hatte man nun Angerstein auf einer Tragbahre hingestellt und ihm der Reihe nach die einzelnen Leichen gezeigt mit den Worten: Kennen Sie diese Person? Wer ist das? Zuerst zeigte man ihm die Leiche seiner Schwiegermutter und dann die seiner Frau. Dabei sagte er lediglich, man möge die Bahre höher halten, damit er seine Frau sehen könne. Trotz aller Versuche, ihn zu weiteren Ueberzeugungen zu bewegen, blieb Angerstein im übrigen stumm. Er gab auch zunächst kein Zeichen seiner Teilnahme von sich. Seine vorherige Einstellung, über den Tod seiner Frau überrascht zu sein, hatte er inzwischen anscheinend fallen lassen. Es wurden dann Fingerabdrücke von ihm angefertigt. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge weiter, daß die Vernehmung des Prokuristen Wir ergeben habe, daß Angerstein eine Unterschlagung von 3300 Mark ihm eingestanden habe, und daß der Prokurist dem später ermordeten Bureauangestellten Ditthardt mitgeteilt hatte, er werde in dieser Angelegenheit am 1. Dezember (Mordtag) nach Wiffen zur Hauptverwaltung der Firma van der Zypen fahren. Weiter bestätigte der Zeuge, daß Angerstein einen durchaus ruhigen und geistesgegenwärtigen Eindruck gemacht habe.

## Die neuen Berliner Elektrizitätswerke.



Umspannwerk Reinickendorf-Rosenthal.

## Der Hafenkreuzler als Mörder.

Seltene Prozeßführung.

Der heimtückische Ueberfall des Wiking-Helben Alfred Rehnig auf den Reichsbannermann Schulz, den man mit aller Gewalt als einen Akt der Notwehr auslauten lassen will, stellt sich auch im Verlauf der heutigen Zeugenvernehmung immer mehr als eine durch nichts begründete Mordtat heraus, die gleichsam und brutal ausgeführt wurde. Ueber die seltene Art der Prozeßführung durch den Vorsitzenden, die in weitesten Kreisen größtes Befremden erregt, wird im Morgenblatt vom Freitag nach manchen Notwendigen zu sagen sein.

Man ist manchmal verblüfft über die Art der Fragestellung des Vorsitzenden, und ein unvorhergesehenes Hereingekommener könnte ihn als einen besonders geschickten Verteidiger des Angeklagten ansehen. Die beiden Rechtsanwälte des Angeklagten versuchen mit aller Energie darzutun, daß sich Rehnig bei seinem Mordanschlag in der Notwehr befunden habe. Von allen Seiten hat man Zeugen herbeigeholt, die aber nur dürftiges und unklares Material geben können. So wird von einigen Entlastungszeugen versucht, es so darzustellen, als ob der Propagandazug der Reichsbannerbewegung als eine unerhörte Provokation auf die Nationalisten gewertet werde. Rechtsanwalt Rowack behauptet, daß man ihm Drohworte nachgerufen habe, als er mit seinem schwarzweißen tapezierten Auto an dem Propagandazug vorbeigefahren sei.

Von dem Verteidiger aufgefordert, unter den Zeugen den Mann anzugeben, der ihn beschimpft habe, sann er keine Auskunft geben. Selbst ein Zahnarzt wurde herbeigeführt, um auszusagen, wie lebensmüde und still der als Komby verkehrte Angeklagte sich bei der Zahnbehandlung benommen habe. Von einem Entlastungszeugen, dem völkischen Studenten Lange, wird dem Reichsbannermann Harner in den Mund gelegt, bei einer privaten Unterhaltung gesagt zu haben, das Reichsbanner hätte während der Wahlzeit den Befehl gehabt, sämtliche Propagandawagen gegnerischer Organisationen umzuwerfen. Als Harner fragte, wo denn das von ihm behauptet worden sei, fährt ihn der Vorsitzende an: „Nirgendwo.“ Jedenfalls nicht bei der Belastungsrang immer enger um den Mörder zusammen. Ob die Verhandlungen heute zu Ende geführt werden, ist sehr fraglich. Es wird mit einem dritten Verhandlungstage gerechnet.

## Das Explosionsunglück in Brieg.

Das große Explosionsunglück, das gestern die Chemische Fabrik von Sandt u. Co., Brieg, heimlich und bei dem zwei Menschenleben zu beklagen waren, hat glücklicherweise keine weiteren Opfer gefordert. Wie uns im Brieger Krankenhaus mitgeteilt wird, befinden sich seit heute vormittag sämtliche Verletzten, auch die Schwerverletzten, außer Lebensgefahr. An der Unglücksstelle selbst hatte die Feuerwehr noch bis in die Nachstunden hinein mit Löscharbeiten und Aufräumarbeiten zu tun. Besondere Anerkennung verdient das sofortige selbstlose Eingreifen von Arbeitern der umliegenden Betriebe, dem es hauptsächlich zu verdanken ist, daß das Feuer nicht weitere Opfer gefordert hat. Der Betrieb ist völlig stillgelegt, das Gebäude jedoch durch Versicherung gedeckt. Die Explosionsursache konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich ist sie auf die Entzündung durch einen Exhaustor zurückzuführen. Die Baupolizei ist nach mit der restlosen Aufklärung des bedauerlichen Unglücks beschäftigt.

Finanzielle Besserstellung der Schuttpolizeibeamten. Mit Rückwirkung vom 1. März 1925 hat das Befehlshaberamt der k. u. k. 6. ar. Infanteriebrigade die Befehlsstellen der Schuttpolizeibeamten eine Neufestsetzung erfahren, die sich so auswirkt, daß das monatliche Einkommen der Beamten von 15—40 M. erhöht wird. Während die Beamten solange in den Anfangsstufen 1—3 ihrer Gruppen standen, werden sie sich jetzt in den mittleren Stufen 3—6 ihrer Gruppen befinden. Diese Neufestsetzung soll ein kleines Entgelt dafür sein, daß die Schuttpolizeibeamten nicht lebenslanglich angestellt sind. Die lebenslanglich angestellten Beamten der Schuttpolizei werden von dieser Neuregelung nicht berührt, obgleich auch sie sich in den unteren Stufen ihrer Befehlshabergruppe befinden. Diese Art von Neufestsetzung des Befehlshaberamtes ist bei den Angehörigen der Reichswehr schon seit Monaten durchgeführt. Sie wird für die k. u. k. angestellten Schuttpolizeibeamten mit dem 1. August d. J. wahrscheinlich zur Ausführung kommen.

Die Verheerung der Ausstellung „Heim und Technik“. Heute morgen wurde zum erstenmal ein weißer Ueberzug über den Tschoko bei der Verheerung der Ausstellung auf seine Verwendbarkeit hin erprobt. Der Zweck dieses Ueberzuges, die Beamten besser als bisher vor den Sonnenstrahlen zu schützen, erscheint begründet. Eine andere Frage ist jedoch, ob der weiße Ueberzug, der wie ein Tropenhelm aussieht, die Hitze in dem Maße abhält, daß eine allgemeine Einführung lohnend sein würde.

Verchiebung der Ausstellung „Heim und Technik“. Der Deutsche Verband technischer Wissenschaftlicher Vereine hat im Einvernehmen mit dem Rat der Stadt Leipzig und mit der Messe- und Ausstellungsgesellschaft, Leipzig, den Befehl gefaßt, die Ausstellung „Heim und Technik“, die für die Zeit vom 1. Mai bis 8. August 1926 in Leipzig geplant war, aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig auf den Sommer 1927 zu verschieben.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen veranstaltet am Freitag, den 10. Juli, abends 8 Uhr eine große öffentliche Kundgebung in der Schützengasse, Döberitzer Bräuerlei, Hasenheide 22—31. Referat: Der Reichstag und die K. R. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz. Referent: Kamerad Erich Rohmann, M. d. R. Kriegssopfer, erschossen in Rassen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Julinummer der „Kommunale Praxis“ für Berlin ist erschienen mit folgenden wertvollen Beiträgen: Praktische Wohlfahrtspflege, Berlin im Entwurf einer neuen Städteordnung, Berlin als Verwaltungssiedlung, Kottbus.

# Ein „geräumter“ Geldschrank.

## Einbruch in das Excelsior-Hotel.

„Rauf halten, sonst gib's 'ne Bucht!“ Mit diesem freundlichen Grusse verabschiedeten sich in später Nacht im Hotel „Excelsior“ drei felsame Gäste von einer Reimmachefrau. Es waren aber keine Gäste, sondern Einbrecher. Die Frau schlug Lärm, und man holte die Polizei, die von den unangenehmen Nachtgästen keine Spur mehr fand. Wie die weiteren Feststellungen ergaben, waren die drei Einbrecher von der Wilhelmstraße her eingedrungen. Sie gingen durch die Gemeindefolge, die am Ausgang der Puttkamerstraße in die Wilhelmstraße liegt, gelangten über eine Mauer in den Hotelgarten und von hier durch die Veranda in das Kontor des an der Königgräber Straße gelegenen Hotels. In einem alten Geldschrank, den sie aufknabberten, fanden sie 3000 Mark Lohngehalt und die Schlüssel zu einem zweiten Geldschrank. Diesen öffneten sie nun bequem, durchsuchten ihn genau, fanden darin aber nichts, was für sie von Wert gewesen wäre. Nur die Schlüssel zu einem dritten Geldschrank lagen darin. Diesen Schrank aber, der in einem anderen Räume steht, fanden sie nicht. So mußten sie sich mit 3000 Mark begnügen. Während sie bei der Arbeit gewesen waren, hatte die Reimmachefrau nach 2 1/2 Uhr in der Glasveranda am Garten Licht gemacht, um die Fenster zu putzen. Während sie hiermit noch beschäftigt war, kamen die drei Verbrecher auf dem Rückwege wieder durch die Veranda. Die Frau dachte sich nichts arges und glaubte, es seien Gäste des Hotels. Als aber der letzte zur Tür hinausging, wandte er sich um und rief ihr das freundliche „Rauf halten“ zu. Jetzt erkannte die Frau ihren Irrtum. Die Verbrecher sind noch nicht ermittelt.

## Gegen die Hauszinssteuer.

Der Reichsbund Deutscher Mieter E. B., Landesverband Preußen, hat in seiner Vorstandssitzung am 3. Juli in Berlin folgende Entschliessung gefasst: „Der Vorstand des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter E. B. richtet an die Regierungen des Reiches und Preußens, sowie an den Reichstag und den Landtag den dringenden Appell, den Weg der Finanzierung der öffentlichen Haushalte mittels der Hauszinssteuer endlich zu verlassen und dafür Besitz und Einkommen entsprechend stärker zu besteuern. Der Vorstand ist grundsätzlich für die Erhebung einer Wohnungsbausteuer, der ländliche Grundbesitz darf aber nicht länger von dieser Abgabe befreit bleiben. Eine weitere Erhöhung der Miete hält der Vorstand nicht nur für unerlässlich, weil die heutige Miete ausreicht, sondern auch für schädlich, weil sie die Gehälter und Löhne sowie die Preise hochtreibt und damit die Produktion und den Absatz erschwert und die Not des deutschen Volkes steigert. Insbesondere fordert der Vorstand die Aufrechterhaltung der gleichartigen Behandlung von Wohn- und Gewerberäumen, sowohl hinsichtlich der Mietzinshöhe, als auch hinsichtlich der Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes, weil stichhaltige Gründe für eine verschiedenartige Behandlung von Wohn- und Gewerberäumen nicht vorliegen.“

## Sonderzug zur Jahrtausendfeier Berlin-Köln.

Der nächste Sonderzug, den die Reichseisenbahngesellschaft aus Anlaß der rheinischen Jahrtausendfeiern und der Jahrtausendausstellung in Köln von Berlin nach dem Rheinland verkehren läßt, fährt am 10. Juli von Berlin ab. Abfahrtszeiten: Berlin Schief. Hbf. 7.42 abends, Berlin Alexanderplatz 7.50, Berlin Friedrichstr. 8.00, Berlin Zoo 8.12, Charlottenburg 8.20, Spandau 8.33, Rathenow 9.23, Stendal 10.01, Hannover 12.15, Minden 1.24, Löhne 1.48, Herford 2.03, Bielefeld 2.23. Die genannten Orte sind Einsteige-Stationen. Ankunft in Köln Hbf. 6.52 vorm. Weitere Rheinlandzüge fahren von Berlin am 17. Juli über Braunschweig, am 24. Juli über Halberstadt, am 6. August über Hannover.

## Die Mitarbeiter zum Großdeutschen Verfassungstag!

Die Vorbereitung zur diesjährigen Verfassungsfeier in Berlin, die von der Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold durchgeführt wird, wird durch die Mitarbeit der führenden Köpfe des geistigen und politischen Lebens Berlins besonders gefördert. Ihre Mitwirkung haben bisher zugesagt: Generalintendant der Staatlichen Schauspielbühnen Dr. Lehner, Reichsstaatsanwalt Dr. Redslob, Direktor des Österreichisch-deutschen Volksbundes Dr. Wilschler, Chefredakteur Wolff, Fritz von Unruh, Stadtbaurat Bruno Laut, Reichsminister a. D. Koch, Verlagsdirektor Robert Breuer, Chefredakteur Stamper, Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Herz, Schriftsteller Karl Bräuer, Professor Dr. Schäding, Lehrer Ruffko, Kapitän z. S. a. D. Persius, Schriftsteller Dr. Schitowski, Räte Kollwitz, Chefredakteur Georg Bernhardt. Ein Teil dieser Herren nahm in den letzten Tagen eine Besichtigung der Festplätze in Treptow vor, um die Vorbereitungen zur würdigen Aus schmückung derselben zu treffen.

## Die Badeanstalt am Weißen See.

Wer nicht viel Zeit auf der Straßen- oder Stadtbahn zubringen will und doch recht oft in sauberm Wasser ein erquickendes Bad nehmen möchte, der muß nach Weißensee fahren. Umgeben von baumbestandenen Ufern, wird er dort eine blühendere Badeanstalt vorfinden. Nach dem Bade lohnt ein Sonnenbad und nach diesem lockt ein Spaziergang um den See, an dem es viel zu sehen gibt. Schwärze und weiße Schwäne kommen vertraulich bis an das Ufer heran. Das Milchhäuschen und „das Storchnest“ laden zu frischer Milch ein. Ein Bootverleiher vermietet seine Boote. So ein Sonntag- oder Ferientvormittag bringt frohe sorgenfreie Stunden und jeder, der einmal da war, wird gern und bald wiederkommen.

## Opfer eines „spanischen Messerkampfes“.

Einen verhängnisvollen Ausgang nahm ein spanischer Messerkampf, den gestern nachmittag zwei Burischen auf dem Rasenplatz am Luisenpark in der Nähe der Gasanstalt ausfochten. Nachdem sich dort ein 17-jähriger Schlosserlehrling Fritz Becker aus der Gieselerstraße 58 und ein ebenso alter Schmiedelehrling Paul Laue aus der Gieselerstraße 55 eine Zeitlang in athletischen Kämpfen versucht hatten, gerieten sie ernstlich aneinander und beschloßen, einen „spanischen Messerkampf“ zu veranstalten. Hierbei stieß Becker seinem Gegner das Messer in den Leib. Es traf den Magen und die Schlagader. Laue brach zusammen und hatte starken Blutverlust. Sein Bruder dracht ihn mit Hilfe anderer Leute nach dem Krankenhaus am Urban und ließ sich hier Blut abzapfen, um durch dessen Zuführung den lebensgefährlich Verletzten zu retten. Becker wurde zur Verantwortung nach der Wache geholt. Die Darstellung von dem Messerkampf wurde auch von anderen Personen bestätigt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Kampf im Berliner Baugewerbe.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe bereits mitteilen konnten, ist von der Generalversammlung des Baugewerksbundes auf Grund der Urabstimmung nach reiflicher Diskussion der Streit beschloßen worden. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft und die Mitglieder in einer Urabstimmung gefragt worden sind.

Man kann wohl sagen, daß es die Unternehmer durch ihre mehr als starre Taktik verschuldet haben, wenn es nunmehr auch im Berliner Baugewerbe zum Kampf gekommen ist. Wie die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht gezeigt haben, wäre in der Lohnfrage eine Verständigung nicht ausgeschlossen gewesen. Die wesentlich grundlegende Differenz bestand hier in der Unterbewertung der Erdarbeiter und auch der Hilfsarbeiter.

Andererseits liegen die Dinge in den Fragen, die den Mantel:off betreffen. Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Ferien, der Lehrlinge usw. haben die Unternehmer unter dem mehr als fadenförmigen Vorwand, daß diese Fragen nur durch Reichstarrif zu regeln sind, jedes Entgegenkommen abgelehnt. Ganz abgesehen davon, daß der Abschluß eines Reichstarrifs gerade an der Haltung der Unternehmer gescheitert ist, kann im Baugewerbe keine Rede davon sein, daß durch eventuell bessere Arbeitsbedingungen in Berlin die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Bauindustrie gegenüber der Bauindustrie in der Provinz unverbunden wäre. Die Bauindustrie ist im eigentlichen Sinne des Wortes ein lokales Gewerbe. Die Tatsache, daß die Bauhütte trotz der Schmutzkonzurrenz der Privatindustrie in der Lage war, die sozialen Forderungen der Bauarbeiter durchzuführen, zeigt jedoch, daß die Behauptungen der Unternehmer, die Durchführung der sozialen Forderungen würde zu einer erheblichen Verteuerung der Bauwirtschaft führen, nicht stichhaltig ist.

Gerade deshalb dürfte den Bauunternehmern der Beschluß, bei der Bauhütte die Arbeit nicht einzustellen, sehr unangenehm sein. Die Unternehmer hatten wohl darauf gerechnet, daß auch auf der Bauhütte die Arbeit eingestellt und diese gewissermaßen dafür bestraft würde, weil sie die sozialen Forderungen der Bauarbeiter durchgeführt hat.

Die Unternehmer wollten darüber hinaus einen Keil zwischen den Bauarbeitern und den übrigen Gewerkschaften treiben, die die Träger der sozialen Baubetriebe sind. Der Kampf im Baugewerbe ist ja kein lokaler. In Sachsen, Schlesien, Baden, Württemberg und an einzelnen Orten im Reich stehen die Bauarbeiter im Kampf, zum großen Teil infolge einer Absperrung. Der Plan der Unternehmer ist klar. Sie wollen nicht allein einen Kampf „auf breiterer Grundlage“, sie hoffen außerdem, zwischen den Bauarbeitern und den anderen Gewerkschaften eine Vertiefung zu schaffen, die den Bauarbeitern bei der Durchhaltung eines langen Kampfes unter Umständen Schwierigkeiten bereiten könnten.

Um die Hoffnung nicht zu betrogen. Die Bauarbeiter werden den Kampf so führen, daß er gerade die Scharfmacher und Absperrer im Baugewerbe am schwersten trifft, und eine feste Einheitsfront der Arbeiterschaft begründet. Die Berliner Bauarbeiter sind entschlossen zu liegen. Der Beschluß vom Mittwoch bietet die beste Gewähr dafür.

## Achtung Bauarbeiter!

Am Streit der Bauarbeiter nicht beteiligt sind folgende Berufe: Ofenheizer und deren Hilfsarbeiter, Fliesenleger und deren Hilfsarbeiter, Glaser und deren Hilfsarbeiter, Asphaltierer, Isolerer, Brunnenbauer, Kunststeinverleher. Die Kollegen werden ersucht, das zu beachten.

Der Vorstand.

## Elende Lage der Bergarbeiter.

### In Sowjetrußland.

Ende Mai fand im Donez-Gebiet, dem wichtigsten Kohlenrevier Rußlands, ein Kongreß statt, der die Frage des Schutzes der Gesundheit und der Unfallverhütung bei den Bergarbeitern behandelte. In den Beschlüssen dieses Kongresses wird festgestellt, daß „ein allgemeiner Rückgang der Maßnahmen zu verzeichnen ist, die auf die Verhütung von Katastrophen durch Gas- und Kohlenstaubexplosionen und auf die Sicherung der allgemeinen Gefahrslosigkeit der Arbeiten gerichtet sind“. Es seien, so heißt es in den Beschlüssen weiter, „unverzügliche und radikale Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ventilationseinrichtungen und Feuerabwehrmaßnahmen sowie Einrichtungen zum Kampf gegen Kohlenstaub und Gase notwendig“. Der Kongreß sah sich genötigt, festzustellen, daß der Arbeiterschutz auf den Kohlengruben der Sowjetunion nicht nur weit zurücksteht hinter den Verhältnissen in den westeuropäischen Staaten, sondern auch hinter den russischen Verhältnissen in der Vorkriegszeit. Der Kongreß empfiehlt bei allen technischen Maßnahmen zur Verhütung der Gefahren in den Gruben von den auf diesem Gebiete erreichten Erfolgen im Ausland auszugehen, da in dieser Beziehung in Rußland verhältnismäßig wenig geleistet worden sei.

Die hier gemachten Feststellungen, die die ungünstige Lage der russischen Arbeiter beleuchten, sind eine Folge der zunehmenden Erkrankungen und Unglücksfälle in der russischen Bergwerksindustrie. Die Angaben der Versicherungskassen im Donezgebiet stellen diese Tatsache als unweifelhaft fest. Aus diesen Angaben ergibt sich, daß auf jeden Arbeiter an Krankheitsfällen entfielen: Im Jahre 1922/23: 7,5; 1923/24: 12,5; 1924/25: 15. Des weiteren ergibt sich daraus, daß 4,3 Proz. aller Bergarbeiter von den Krankheitsfällen ständig versorgt werden müssen. Die Zahl der Unglücksfälle nimmt mit solcher Schnelligkeit zu, daß, wie „Ekononimischaja Schin“ vom 25. Juni feststellt, im Jahre 1924 auf je 100 Arbeiter 9,2 Unglücksfälle entfielen!

Unter dem Druck der Arbeiter sind in diesem Jahre eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um die Lage der tranken Arbeiter zu bessern. So sind im Donezgebiet drei Erholungsheime eröffnet und in der Krim, im Kaukasus und in Odesa sind den Bergarbeitern einige hundert Plätze in den Kurorten zur Verfügung ge-

stellt worden. Aber im Vergleich mit den bestehenden Bedürfnissen sind alle diese Maßnahmen nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein.

## Tagung der Bergarbeiter-Internationale.

London, 8. Juli. (B.T.B.) Der Vollauswahlschuß des internationalen Verbandes der Bergarbeiter-Gewerkschaften beendete heute vormittag die Entgegennahme der Berichte aus den verschiedenen Ländern. Sekretär Frank Hodges erklärte alsdann, nachmittags werde die Frage der internationalen Politik des Verbandes erörtert werden, die auf Grund der erstatteten Berichte formuliert werden und Europa als Einheit behandeln müsse, da die Lage der Bergbauindustrie in den einzelnen Ländern ungefähr die gleiche sei.

In der nachmittags abgehaltenen Schlußsitzung wurde einstimmig beschloßen, daß der Ausschuß am 28. Juli in Paris wieder zusammenzutreten soll, um über die Form einer gemeinsamen internationalen Aktion zu entscheiden, wenn bis dahin in den verschiedenen Ländern, in denen die Unternehmer die Löhne und die Arbeitsdauer zu verschlechtern trachten, keine Vereinbarungen erreicht worden sind.

Eine offizielle Mitteilung des Sekretärs Frank Hodges besagt, die vorgelegten Berichte über die Lage in der Bergwerksindustrie der verschiedenen Länder zeigten fast völlige Übereinstimmung, nämlich: erhebliche Arbeitslosigkeit, unregelmäßige Arbeit, Verluste der Unternehmer, zentrale Vereinbarungen zu befestigen — d. h. in gewissen Fällen die Arbeitszeit zu erhöhen und in allen Fällen die Löhne zu vermindern —, Anhäufung von Kohlenvorräten in allen Ländern und allgemeine Depression in der Kohlenindustrie der ganzen Welt.

## Urkundabgeltung auch bei berechtigter Kündigung.

Der in den Tarifverträgen vereinbarte Urlaubsanspruch ist ganz zweifelsfrei als ein durch die zurückgelegte Zeit der Beschäftigung erworbener Anspruch vereinbart. Entsprechend ist von den Gewerkschaften stets der Standpunkt vertreten worden, daß ein Arbeitnehmer, dessen Arbeitsverhältnis zur Zeit der Fälligkeit seines Urlaubs beendet ist, Urlaubsanspruch hat, ganz gleich, ob er selbst aufgehört hat oder mit oder ohne sein Verschulden entlassen worden ist.

Entgegen dieser völlig zweifelsfreien Sachlage haben viele Gewerbebergerichte, insbesondere die Mehrzahl der Kammern des Berliner Gewerbebergerichts in Streitfällen wegen Abgeltung des Urlaubsanspruchs der Arbeitnehmer, deren Arbeitsverhältnis durch einen von ihnen zu verantwortenden Umstand endete (entweder daß sie das Arbeitsverhältnis selbst lösten oder der Arbeitgeber es auf Grund einer von ihm zur fristlosen Kündigung berechtigenden Verfehlung des Arbeitnehmers löste) die jeweiligen Kläger mit ihrem Anspruch auf Abgeltung des Urlaubs abgewiesen. In einem gleichliegenden Streitfall eines von der Meierei C. Bolle fristlos Entlassenen, vom Deutschen Verkehrsband vertretenen Chauffeurs, hat nunmehr die für Berufungen gegen Urteile des Berliner Gewerbebergerichts zuständige Zivilkammer 8 des Landgerichts I Berlin trotz Befragung des Vorlitogens einer zur fristlosen Kündigung berechtigenden Verfehlung des Klägers dem Anspruch des Klägers auf Urlaubsabgeltung durch Urteil stattgegeben. Es heißt in dem Urteil des Landgerichts I u. a.:

Auf die Berufung der Beklagten wird das am 14. Oktober 1924 verkündete Urteil des Gewerbebergerichts zu Berlin, Kammer 14, insoweit abgeändert, als es die Beflagte zur Abgeltung des Urlaubs auf 63,24 M. für die Kündigungsfrist zu zahlen und es wird insoweit die Klage abgewiesen.

Ferner wird es dahin abgeändert, daß festgestellt wird, daß die am 27. Juli 1924 erfolgte fristlose Entlassung der Kläger gerechtfertigt ist.

Die Berufung wird zurückgewiesen insoweit die Beflagte zur Abgeltung des Urlaubsanspruches zu zahlen... Hiernach ist die Entlassung der Kläger berechtigt. Einmal entfällt der Lohn für die Kündigungsfrist, dann war nach dem Widerklagenantrag dahin zu erkennen, daß die fristlose Entlassung zu Recht erfolgt ist.

Der Anspruch des Klägers B. auf Abgeltung des Ferienanspruches für die rückliegende Zeit ist dagegen begründet. Der Abgeltungsanspruch, der durch die bereits geleistete Arbeit verdient ist, wird, sofern nicht ein anderes ausdrücklich bestimmt ist, durch die fristlose Entlassung, die das Arbeitsverhältnis für die künftige Zeit beendet, nicht berührt. Die Höhe des Anspruchs ist unbestritten.

## Lohnerhöhung im Wuppertaler Transportgewerbe.

Elsfeld, 8. Juli. (T.L.) Im Wuppertaler Transportgewerbe kam es zu einer Einigung dahingehend, daß die Löhne um 8,4 Proz. erhöht werden. Das Lohnabkommen läuft bis auf weiteres und kann frühestens zum 30. November d. J. gekündigt werden.

Die Firma Kaspar Cohn und Sohn schießt uns zu der in unserer Abendausgabe vom 6. Juli veröffentlichten Notiz eine Berichtigung, in der es heißt:

„Es ist nicht ein 15—20prozentiger Lohnabzug bei uns vorgeschlagen worden, sondern eine 10—15prozentige Herabsetzung des seinerzeit von uns freiwillig bewilligten außerordentlichen Zuschlages von 45 Proz. In den weiteren Verhandlungen gingen wir mit der Herabsetzung des Abzuges bis auf 5—10 Proz., wiederum auch nur auf den Zuschlag, herunt, so daß es sich tatsächlich um einen Abzug auf den Lohn um 2—3 Proz. des Verdienstes handelt. Selbst dieser Abzug bezog sich nicht auf sämtliche Beschäftigte, sondern nur auf einzelne Arbeitsgänge.“

Dazu wird uns vom Deutschen Holzarbeiterverband mitgeteilt, daß die Behauptungen der Firma schon deshalb hinfällig sind, weil die Akkordpreise, wie bei den Verhandlungen festgestellt wurde, noch nicht einmal die des Reichstarrifs erreichen, somit von einem außerordentlichen Zuschlag keine Rede sein kann.

In der sächsischen Kohl- und Porphyrindustrie ist ein allgemeiner Lohn- und Tarifkampf ausgebrochen. Die Arbeiter haben die Arbeitsstätten verlassen.

**Baugewerksbund, Bauarbeiter.** Freitag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, bei Schröder, Friedrichstraße 30.

**Baugewerksbund, Feuerungs- und Schornsteinbau.** Freitag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Conz 5. Die Fachgruppenleitung.

Verantwortlich für Inhalt: Victor Schiff; Schriftföhrer: Arthur Seltenauer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Friedrichstraße 30; Druck: Friedrichstraße 30; Verlag: Hermann-Brosch & Co., Berlin, Conz 5.

### Küchen

Qualitäts-Möbel

Große Auswahl zu enorm billigen Preisen bis zu den feinsten Möbeln.

- Küche Margarete, roh mit Verputz, 65 M., emailliert 100 M.
- Küche Maria, roh mit Verputz, komplett 70 M., emailliert 120 M.
- Küche Gerty, roh mit Verputz, komplett 95 M., emailliert 160 M.
- Küche Berlin, mit Seltenspenden 190 cm breit, kompl., emailliert 150 M.
- Bauernküche Erika, roh, 33 M., emailliert 55 M.
- Kleiderschränke, roh, 90 cm breit, 33 M., emailliert 50 M., bis zur Breite von 2 m.

**Küchenmöbel-Fabrik**  
Laserstein, Lankauer, Straße 1  
Ecke Oranienstr., nahe Kottbusplatz

### Metallbetten

Korallen, Kinderwagen

Diskret Teilzahlung bei sofortiger Lieferung

**BAU**  
Gr. Frankfurter Str. 47  
gegenüb. Markusstr.  
Reparaturen anrufen Alex. 3156

**Teilmengenabgabe**  
findet im Vorwärts  
besten Beachtung!

## Und geht einmal das Geld zur Neige

kauf **auf Kredit** bei

# Arthur Scheige

## Garderobe

für Damen und Herren

Gardinen • Wäsche • Teppiche • fertige Betten

### Oberschöneweide, Siemensstr. 14

Zweites Geschäft: Moabit, Erasmustr. 1

Jeder Käufer erhält bis zum 15. Juli ein Kaffee-Service gratis!

Wer den echten

## Kapitän-Kautabak

auch nur einmal versucht hat, wird ihn nicht mehr entbehren wollen. Der Kapitän hat einen eigenartigen feinen Geschmack, ist nachkühler Art aus reinem Kentucky hergestellt. Verkaufsstellen überall; werden auch nachgewiesen durch den Generalvertrieb C. Röcker, Berlin, Lichterberger Str. 22 (Königsstr. 8861)

**Erfinder — Vorwärts**  
Herbeide unter Verdienstmöglichkeit, in Ausfüllung und Werbung gratis. Bestellen Sie „Ein neuer Geist“ gratis durch: Erdmann & Co., Berlin, Köpenicker Straße 71.

## A. Beheim - Schwarzbachs

Kaufmännische Privatschule

(Inh. F. Egger)

Neukölln, Annelindung, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)

Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrgänge. — Fernsor.: Neukölln 1063

---

## Sonnenbrand

Hautschäden

verhütet unser

## Zeozon-Creme

Gibt Anerkennung von erst Ärzten. Anweisung Ueberall erhältlich

## Kopp & Joseph Berlin